Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 13 (1956)

Heft: 5

Artikel: Der Hochrhein ist landesplanerisch aktiv

Autor: Ziegler, Gerhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-783307

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Hochrhein ist landesplanerisch aktiv

Gerhard Ziegler, Regierungsbaudirektor, Landesrat a. D., Stuttgart

Vorbemerkung

«Planen und Bauen in der Nordwestschweiz» hat in Heft 1 des laufenden Jahrganges [1] seine Leser mit dem einleitenden Referat von Herrn Regierungsbaudirektor Ziegler, gehalten anlässlich der Studienreise der Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz nach Württemberg-Baden, bekanntgemacht. Wir freuen uns, vom gleichen Autor nachstehend eine kurze Orientierung über die praktische Planungstätigkeit in dem an die Region Nordwestschweiz angrenzenden deutschen Grenzgebiet vermitteln zu dürfen.

Die Redaktion
«Planen und Bauen in der Nordwestschweiz»

Die Landesplanung in Baden-Württemberg baut — ähnlich wie in der Schweiz — auf dem Grundsatz regionaler Zusammenarbeit auf. Dabei bilden grossräumige und kleinräumige Planung eine Art von Verbundwerk unter gegenseitiger Ergänzung, doch soll sich die gemeindliche Uebersichtsplanung der grösseren regionalen Planung und schliesslich der gesamten Landesentwicklung anpassen und einordnen. Die Grundlinien einer festen Landesgesamtplanung als Ziel und Rahmen der gesamten Landesentwicklung wurden in den letzten Jahren wohl ausgearbeitet, doch galt das Schwergewicht der Planung, bedingt durch zahlreiche besondere Umstände der Nachkriegszeit und die daraus resultierenden Notwendigkeiten dem Aufbau der Planung im kleinsten Planungsraum, nämlich der Gemeinde und der bezirklichen Region.

Zahlreiche Gemeinden Baden-Württembergs haben in den letzten fünf Jahren Gesamtplanungen aufgestellt. Neben den grossen Städten, die allerdings auch teilweise nachhinken, sind es vor allem die Mittelstädte und überwiegend industriell orientierten Landstädte und Gemeinden, die auf diesem Gebiet bereits gute Arbeit geleistet haben. Sehr deutlich lassen sich hierbei bestimmte Zonen besonderer Aktivität ausscheiden. In gewissen Landesteilen bestehen bereits vorbildliche allgemeine und bauliche Flächennutzungspläne.

Was jedoch für den schweizerischen Leser interessant sein wird, ist die Feststellung, dass das Hochrheingebiet und der Wiesentalraum im südbadischen Regierungsbezirk Freiburg der fortschrittliche Planungsraum schlechthin ist. Seit etwas über zwei Jahren haben es hier die Landratsämter Lörrach, Säkkingen und Waldshut zu einer ihrer hauptsächlichsten Beratungsaufgaben gemacht, die Gemeinden ihrer Bezirke zur Aufstellung von Gesamtplanungen zu veranlassen. Das Resultat dieser Aufklärungsarbeit, die nicht auf allgemeine Verwaltungsanweisung beschränkt blieb, ist sehr überzeugend. Im einzelnen darf Ende des Jahres 1955 folgendes Zwischenergebnis zusammengestellt werden:

Im Landkreis Lörrach, der das gesamte Einzugsgebiet der Wiese vom Feldberg bis zur schweizerischen Grenze bei Basel umfasst und heute mit 125 000 Einwohnern zu den grössten Kreisen Südbadens überhaupt gehört, hat als erste Stadt Lörrach dank der unermüdlichen Initiative des Stadtoberbaurats Dietsche und des privaten Planungsbüros Gebrüder Lindenmann, Lörrach, seit kurzer Zeit einen genehmigten und für verbindlich erklärten Flächennutzungsplan, der jedoch — und hier darf eine Parallele zur schweizerischen Nachbarschaft nicht unerwähnt bleiben — an der Gemarkungszone nicht Halt macht, sondern auch die Nachbargemeinden Brombach (4000 Einwohner), Haagen (3500 Einwohner) und Hauingen (3000 Einwohner) umfasst und eingeplant hat. Die Vielfältigkeit der Probleme dieser Grenzkreisstadt und ihrer das ganze vordere Wiesental umfassenden Stadtlandschaft ist aus den Plänen zu erkennen. Mit der Fertigstellung der Planung wurde nicht nur das Leitbild für die kommenden 20 Jahre kommunaler Entwicklung aufgestellt, sondern gleichzeitig auch eine Reihe sehr wichtiger und auch die Planung in der benachbarten Schweiz beeinflussender Einzelprobleme, die teilweise seit Jahrzehnten ungeklärt waren und deshalb grosse Schwierigkeiten verursachten, endgültig abgeklärt. Die Trassierung der neuen Wiesentalumgehungsstrasse, die Klärung des Abwässerproblems für das Lörracher Gebiet, die endgültige Ausweisung von Industrie-, Wohn- und landwirtschaftlichen Flächen und eine vorbildliche, alle Gesichtspunkte moderner Städte- und Landschaftsplanung berücksichtigende Landschaftspflege und Energieversorgung — das sind nur einige der klargestellten Fragen, die dem Raum Lörrach eine günstige Entwicklung sichern können.

Die zweite grössere Stadt des Kreises Lörrach, Weil am Rhein mit seiner besonderen Struktur als Grenzstelle, Bahnknotenpunkt und an Bedeutung gewinnender Umschlagsplatz der Oberrheinschiffahrt, hat ebenfalls die Initiative zu einer Gesamtplanung ergriffen, jedoch ist die Vielzahl der hier schwebenden Probleme, die sich aus der Lage Weils an der Dreiländerecke ergeben, so kompliziert, dass das endgültige Planungskonzept erst in jüngster Zeit unter Mitwirkung der obersten Landesplanungsbehörde in Baden-Württemberg gefunden werden konnte. Zusammen mit den Nachbargemeinden Haltingen, Binzen, Eimeldingen usw. wird Weil ebenfalls bald eine Gesamtplanung besitzen.

Die zahlreichen Industriegemeinden des mittleren Wiesentals indessen waren in dieser Zeit ebenfalls nicht schläfrig. Maulburg (2500 Einwohner) ist eigene Wege gegangen. Mit der Genehmigung eines Uebersichtsplanes für das Gemeindegebiet ist in Kürze zu rechnen. Die Stadt Schopfheim (7000 Einwohner) hat sich mit seinen Nachbarn Fahrnau (2500 Einwohner) und Wiechs (1000 Einwohner) zu einer Planungsarbeitsgemeinschaft zusammengefunden und steht mit-

[1] Vgl. auch «Plan» 1956, S. 141.

ten in der Arbeit. Von den weiteren grösseren Orten des Wiesentals darf noch Schönau und Todtnau genannt werden; die erste Gemeinde hat bereits eine Reihe von Teilplänen, die nur noch zu konsolidieren sind, während Todtnau seinen Flächennutzungsplan schon so weit vorangetrieben hat, dass er demnächst verbindlich wird.

Wie sieht es in unmittelbarer Nachbarschaft der Schweiz aus? Der erste grössere Raum, für welchen eine Gesamtplanung notwendig erscheint, ist der Raum Grenzach - Wyhlen. Beide Orte haben die erforderlichen Planungsaufträge vor längerer Zeit vergeben und erwarten in Kürze die fertigen Planungen von ihren privaten Planfertiger. Obwohl sowohl Grenzach wie Wyhlen jeweils nur 4000 Einwohner haben, ist doch der Strukturunterschied zwischen beiden ins Auge fallend. Grenzach hat viel und zugkräftige Industrie, aber nur noch wenig Ausdehnungsraum, Wyhlen hingegen ist etwas schwächer industriebesetzt, verfügt jedoch über ein Reserveareal, das nach Auffassung der Landesplanung bei richtiger Nutzung Raum für annähernd 15 000 Menschen bieten könnte, wobei insbesondere der wassergebundenen Schwerindustrie Tür und Tor geöffnet sind.

Eines der schwierigsten Planungsprobleme des ganzen Bundeslandes ist der Raum Rheinfelden. Wo vor knapp 60 Jahren noch wenige Einzelhäuser standen, ist ein Industrieort mit heute annähernd 13 000 Menschen und mehr als 5000 Arbeitsplätzen entstanden, der einen auffallenden Landhunger an den Tag legt. Aber der kleinere Nachbar im Norden, die innerhalb von zehn Jahren um das Doppelte gewachsene Gemeinde Karsau, die heute ebenfalls mehr als 1000 Arbeitsplätze besitzt, wehrt sich energisch. Nicht etwa Abschirmung gegen die Rheinfeldener Planung ist das Planungskonzept dieses Ortes, sondern aufgeschlossene Beobachtung der Entwicklung Rheinfeldens und enge Anpassung der eigenen, augenblicklich laufenden Planung, ein Standpunkt, der allen anderen Gemeinden in ähnlicher Lage empfohlen werden kann.

Auch die Region Säckingen - Wehr - Laufenburg kann als aktiv bezeichnet werden: Wehr und Säckingen haben die Gesamtplanungen ihrer Gemarkungen seit langem in Arbeit, die Gemeinden Murg (3000 Einwohner) und Laufenburg (3000 Einwohner) sind eben daran, das Material dafür zu sichern und die Vorarbeiten zu leisten. Vorbildlich jedoch ist die zwischen Wehr und Säckingen gelegene Industriegemeinde Oeflingen, die als erste des Hochrheingebietes einen fertigen Plan besitzt, der von der Landesplanung als «vorbildliche Dorfplanung» bezeichnet wurde und die künftige Entwicklung des Gemeindegebietes unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Industrie und des Gewerbes, der Land- und Forstwirtschaft, des Bauens und Wohnens, des Verkehrs und der Landschaftspflege für die nächsten 20 Jahre festlegt.

Schliesslich aber dürfen auch Waldshut und Tiengen in dieser Aufzählung nicht vergessen werden, denn auch diese Städte sind an einer Uebersichtsplanung interessiert und stehen ebenfalls mitten in der Planungsarbeit.

Aus dieser Perspektive der Gegenwart darf der Blick in die Zukunft nicht vergessen werden. So wertvoll die gemeindlichen Planungen für die Kommune selbst sind, so haftete ihnen doch in mancher Beziehung der Mangel eines Verbundes mit der grösseren Landschaft, mit der Region an. Hier nun will die Landesplanung einspringen. Von seiten des Innenministeriums Baden-Württemberg in Stuttgart als oberster Landesplanungsbehörde und mit Hilfe des Landesplanungsreferenten beim Regierungspräsidium Südbaden besteht die Absicht, für den gesamten Hochrheinraum in den nächsten Monaten eine Gesamtraumordnungsplanung aufzustellen, deren Organisationsform sich eng an die schweizerische Form der Regionalplanungsgruppe anlehnen wird. Das Resultat dieser Regionalplanung schliesslich wird in einer umfassenden Raumordnung des Hochrheingebietes unter Berücksichtigung der augenblicklich schwebenden Probleme der Schiffahrt, des Ausbaus des Stroms, der weiteren baulichen und industriellen Entwicklung zu finden sein und dürfte so ein ebenbürtiges Gegenstück zu den schweizerischen Anstrengungen der Planung bilden, die ihr Hauptaugenmerk in letzter Zeit ebenfalls auf den Hochrhein, insbesondere den engeren Raum zwischen Rheinfelden und Laufenburg und das Mündungsgebiet der Aare bis hinauf nach Baden und Brugg lenkte.

Wenn man die Frage nach einer Notwendigkeit solcher Planungen auf deutscher Seite überhaupt noch anzuschneiden vermag, so gibt einem schon ein kurzer Blick auf die Struktur dieses Raumes die überzeugende Antwort:

Der grosse Durchschnitt der Rheintal- und Wiesentalgemeinden hat in den letzten Jahren seine Einwohnerzahlen teilweise bis zu 50 % erhöht, während das Hinterland, das als Notstandsgebiet von der baden-württembergischen Landesregierung besonderer Förderung zuteil wird, immer mehr entvölkert wird. Sehr starke Pendlerströme kennzeichnen die Wirtschaft, die zu einer immer stärker werdenden interkommunalen Verbindung von Industrie und Gewerbe, und damit auch von Gemeindeaufgaben und -finanzen hinführen müssen. Rund 12 000 Arbeiter sind in der Schweiz beschäftigt, und bedeuten so für die betroffenen Gemeinden einen jährlichen Steuerausfall von rund 600 000 Mark. Langsam entwickelt sich das Hochrheingebiet zu einer Art von Ballungsgebiet, dessen gesunde Entwicklung nur im Wege einer gemeinsamen Grossraumplanung sichergestellt werden kann. Zusammen mit der schweizerischen Planungsinitiative entsteht so schliesslich eines der ersten Beispiele eines planerischen Verbundes über die Grenzen hinweg mit einem gemeinsamen Ziel: die Sicherstellung der landschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Ueber allem aber steht der Mensch, der vom Planer auf beiden Seiten des Stromes dieselbe Rücksicht fordert: die Beachtung seiner berechtigten Gepflogenheiten, Wünsche und Erfordernisse.